

SPD-Länder fordern Verschärfung der Bankenabgabe

Jochen Wiemken – Quelle: www.sps.de - 12. Mai 2011

Geht es nach der Bundesregierung, sollen alle Banken in Deutschland ab 2011 eine Abgabe zahlen. Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen kritisiert das erwartete Aufkommen als zu gering, um in künftigen Krisen strauchelnde Banken zu stützen. Im Gespräch mit spd.de droht er mit der Ablehnung durch die SPD-geführten Länder im Bundesrat.

spd.de: Mit der Bankenabgabe sollen alle deutschen Kreditinstitute für zukünftige Krisen in einen Krisenfonds einzahlen. Kritiker sprechen von einer Alibi-Abgabe. Was halten Sie davon?

Jens Böhrnsen: Viele sind unterwegs, die die Erinnerung an die Finanz- und Wirtschaftskrise schon wieder verstecken wollen – so nach dem Motto, war ja alles nicht so schlimm, das ist doch alles erledigt. Aber das ist es weiß Gott nicht! Wir haben alle – auch wir als kleines Bundesland – mit den Risiken zu tun, die wir auf uns genommen haben um die Banken zu retten.

Jetzt ist es wichtig, die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Diese Lehren müssen erstens grundlegend sein und zweitens für die Zukunft ein wirksames Instrument zur Verfügung stellen, um etwaigen weiteren, späteren Krisen entgegenwirken zu können.

Was da jetzt für die Bankenabgabe seitens der Bundesregierung vorgelegt worden ist, hat augenscheinlich eine reine Alibi-Funktion. Pro Jahr wird ein Aufkommen von einer Milliarde Euro erwartet, dieser Fonds soll eine Zielgröße von 70 Milliarden haben. Da fragt man sich schon, von welchen Zukunftsszenarien die Bundesregierung ausgeht und welche Sicherheit man da angeblich hat, dass sich in den nächsten 70 Jahren so etwas nicht wiederholen wird.

spd.de: Am 27. Mai steht die Bankenabgabe im Bundesrat zur Abstimmung. Was erwarten Sie bis dahin von der Bundesregierung?

Jens Böhrnsen: Wir erwarten eine Überarbeitung des bislang Vorliegenden. Das kann nicht ausreichend sein, da brauchen wir ganz entscheidende Nachbesserungen.

Wir brauchen ein sehr viel höheres Aufkommen und vor allen Dingen auch eine breitere Basis, um das Fonds-Volumen zu erzielen. Also: Die Bemessung der Bankenabgabe im Einzelnen ist höchst kritikwürdig - Großbanken werden geschont. Insgesamt muss die Bankenabgabe maßgeblich überarbeitet werden.

Ansonsten ist es weder eine hinreichende Lehre aus der Finanz- und Wirtschaftskrise, noch ein Instrument, das auch nur im Ansatz geeignet ist, einer etwaigen weiteren Krise wirkungsvoll begegnen zu können.

spd.de: Und wenn sich die Bundesregierung nicht bewegt?

Jens Böhrnsen: Ich gehe davon aus, dass die SPD-regierten Länder darauf bestehen werden und füge hinzu, auch müssen, dass eine solche Abgabe ein vernünftiges Instrument ist und keine Scheinlösung darstellt. Also: Entweder eine richtige Abgabe oder aber die SPD-Länder, so gehe ich fest davon aus, werden nicht mitgehen können.

spd.de: Kann die Finanztransaktionssteuer, die die SPD fordert, das Problem lösen?

Jens Böhrnsen: Die Finanztransaktionssteuer ist ein aus meiner Sicht zusätzlich wichtiges - für mich zentrales - Instrument. Es geht ja nicht nur um Vorsorge für die Zukunft, sondern es geht auch darum, die Verursacher der Krise an den bereits entstandenen Krisenkosten zu beteiligen.

Da ist eine Finanztransaktionssteuer ein entscheidendes Instrument, auch in die Zukunft gerichtetes Instrument. Die Finanztransaktionssteuer ist geeignet, um künftigen Spekulationskrisen entgegenwirken zu können.